

THEMA

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

IM LANDTAG

www.spd-fraktion-niedersachsen.de / Ausgabe 3 - Juli 2019



**COWORKING-SPACES
ALS ZUKUNFT?**

**VERPFLICHTENDES
TIERWOHLLABEL
EINFÜHREN**

**KINDESMISSBRAUCH
DARF NICHT VERJÄHREN**

**ARBEITSBEDINGUNGEN
IN SCHLACHTHÖFEN**

**LADENÖFFNUNGSZEITEN
ANGEPASST**

INHALT

GRUSSWORT	3
<hr/>	
COWORKING-SPACES ALS CHANCE	4
<hr/>	
ANPASSUNG DER LADENÖFFNUNGSZEITEN	6
<hr/>	
KEINE VERJÄHRUNG BEI KINDESMISSBRAUCH	7
<hr/>	
MEHR TIERSCHUTZ IN SCHLACHTHÖFEN	8
<hr/>	
MELDUNGEN DER LETZTEN WOCHEN	9
<hr/>	
INTERVIEW MIT WIARD SIEBELS	12
<hr/>	
IMPRESSUM	14
<hr/>	



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die SPD-geführte Landesregierung hat am 1. Juli ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 vorgelegt, der eine klar sozialdemokratische Handschrift trägt. Bereits im März dieses Jahres hatten wir uns auf unserer Klausur in Cuxhaven für den Wiedereinstieg in eine jährliche Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen ausgesprochen. Ab dem nächsten Jahr wird es diese nun in Höhe von insgesamt 920 Euro für die Beamtinnen des mittleren Dienstes und in Höhe von 300 Euro für alle anderen BeamtInnen geben. Darüber hinaus zahlt das Land zukünftig einen Zuschlag von 50 Euro pro Kind. Die Lehrkräfte an unseren Grund-, Haupt- und Realschulen erhalten zudem zukünftig eine allgemeine Zulage in Höhe von 94,25 Euro monatlich.

Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Damit senden wir ein klares Signal der Wertschätzung und zur Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes! PolizistInnen, Feuerwehrleute, Lehrkräfte, Verwaltungsbeamte und die vielen anderen Bediensteten des Staates sorgen mit ihrem Einsatz unter teilweise schwierigen Bedingungen jeden Tag dafür, dass unser Gemeinwesen und unsere Demokratie funktionieren. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf ist es der SPD-geführten Landesregierung gelungen, diese Leistungen auch finanziell anzuerkennen, in den Bereichen Bildung, Klimaschutz und Pflege zu investieren und gleichzeitig die Schuldenbremse einzuhalten.

Ihre Johanne Modder,
Fraktionsvorsitzende

COWORKING-SPACES ALS CHANCE FÜR DIE QUARTIERS- UND STADTENTWICKLUNG



» unsplash: Mika Baumeister

Coworking-Spaces erfreuen sich in den letzten Jahren steigender Beliebtheit. Der Begriff beschreibt dabei kein klassisches Gemeinschaftsbüro, sondern vielmehr Räumlichkeiten eines Investors, in dem interessierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Arbeitsorte mit der notwendigen Infrastruktur zur Miete angeboten werden. Tage- oder stundenweise können beispielsweise Schreibtische, Büros, Werk- und Hobelbänke oder 3D-Drucker gemietet werden.

Insbesondere in urbanen Zentren und in der Digitalwirtschaft lässt sich diese besondere Form des Arbeitsplatzes finden – allein in Berlin gibt es bereits über 100 Coworking-Spaces. Die Vorteile dieser Arbeitsplätze liegen auf der Hand: Ihre Nutzung ist zeitlich befristet, Arbeitsmittel werden nur für die Dauer eines Projektes in Anspruch genommen. Die Nutzung eines Arbeitsplatzes in Teilzeit erlaubt den Mietern ein hohes Maß an Flexibilität zu einem deutlichen niedrigeren Preis, als er für ein eigenes Büro zu zahlen wäre.

Solche Coworking-Spaces bieten auch für die Stadtentwicklung ein großes Potenzial: Sehr häufig leiden kleine und mittelgroße Städte unter dem Strukturwandel des Einzelhandels. Die zunehmende Verlagerung des Handels hin zu Einkaufszentren und Gewerbegebieten am städtischen Rand sowie in den Onlinehandel hat in einigen Innenstädten zu Leerständen geführt. In der Folge sinkt die At-

traktivität der Innenstädte, was letztlich auch zu einer veränderten sozialen Struktur führt.

Coworking-Spaces könnten einen Teil dieses Leerstandes beseitigen und zugleich zu einer Belebung der Innenstädte beitragen. Da sie nicht auf eine möglichst hohe Zahl von Kundenbesuchen angewiesen sind, spielt eines der größten Investitionshemmnisse für Einzelhandelsunternehmen hier keine Rolle. Hinzu kommt, dass Innenstädte für die Nutzer der Coworking-Spaces in der Regel attraktive Rahmenbedingungen bieten: Neben einer guten Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr oder das Internet finden sich dort bereits kleinere Dienstleister, wie zum Beispiel Cafés.

Coworking-Spaces in kleinen und mittelgroßen Städten müssen aufgrund einer anderen Bewohnerstruktur auch andere Interessenten ansprechen und damit einen anderen Bedarf bedienen als jene in den urbanen Lagen. Damit bietet sich für diese Form der Arbeit die Chance, sich komplett neu zu erfinden. Im Folgenden bezeichne ich diese modifizierte Form der Coworking-Spaces, als „New-Coworking-Spaces“, um die Abgrenzung deutlich zu machen. Denn im Gegensatz zu der bekannten Form der Coworking-Spaces könnten diese New-Coworking-Spaces weitere Schwerpunkte setzen, etwa bei der Quartierssozialarbeit oder der Integration von Geflüchteten.



Ein Beitrag von Dirk Adomat
MdL, baupolitischer Sprecher der
SPD-Landtagsfraktion



» iStockphoto: fizkes

Auf diese Weise würde sich nicht nur die Angebotspalette, sondern auch die Zielgruppe der Coworking-Spaces stark erweitern, da auch soziale Gruppen angesprochen werden, die sonst nur schwer Zugang zu solchen Arbeitsformen finden.

So sind beispielsweise im Zuge der Flüchtlingssozialarbeit kleinere Projekte wie Werkstätten oder Nähprojekte entstanden, die zwar die Möglichkeit

der Beschäftigung bieten und sprachfördernd wirken, aber nicht für weitere Schritte wie z. B. der wirtschaftlichen Verselbstständigung oder der Gründung eines Start-ups konzipiert sind.

Großstädtische Coworking-Spaces finanzieren sich im Normalfall durch die Miete, die ihre Kunden an den Besitzer der Arbeitsräume bezahlen. Die New-Coworking-Spaces hätten eine andere Nutzungsstruktur und

eine andere Zielrichtung. Sie müssten aufgrund ihrer eher sozialen Ausrichtung vermutlich auf anderen Finanzierungsmodellen aufbauen.

Mit dem Entwurf für ein Niedersächsisches Quartiersgesetz, der von der SPDgeführten Landesregierung in dieser Legislaturperiode überarbeitet und verabschiedet werden soll, kann eine juristische Grundlage hierfür geschaffen werden. Das Gesetz soll den Städten und

Gemeinden neue Möglichkeiten für die Stadtentwicklung geben, um Quartiere aufzuwerten. Es ist geplant, eigenverantwortlich durchgeführte und privat organisierte Aufwertungsmaßnahmen mit einer verlässlichen Finanzierung zu ermöglichen. In jedem Fall sollte das große Potenzial der Coworking-Spaces für die Quartiers- und Stadtentwicklung ernstgenommen und gehoben werden.



» pexels

WAS IST EIN COWORKING-SPACE?

Ein Coworking-Space ist ein „(...) integriertes und flexibles Geschäfts- und Arbeitsmodell, das sich auf die Bedürfnisse von Entrepreneurs, Kreativ- und Wissensarbeitern fokussiert. Jedem Coworking-Space liegen die fünf Kernwerte Zusammenarbeit, Gemeinschaft, Nachhaltigkeit, Offenheit und Zugänglichkeit zugrunde. Neben dem Arbeitsraum steht der Aufbau eines Netzwerkes für Wissensaustausch, Innovation und Weiterbildung im Vordergrund, welches die Coworker in ihrer Unternehmertätigkeit weiterbringt“ (aus Schürmann, M. (2013): Coworking Space. Geschäftsmodell für Entrepreneure und Wissensarbeiter).



» unsplash: ZLauren Fleischmann

» LADENÖFFNUNGSZEITEN: WIR STÄRKEN ARBEITNEHMERRECHTE!

Der Niedersächsische Landtag hat eine Reform des Niedersächsischen Gesetzes über die Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten verabschiedet. Hierzu erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Schwarz: „Die Debatte über eine Beschränkung oder Ausweitung der Sonntagsöffnungen wird traditionell ausgesprochen kontrovers und unveröhnlich geführt. Trotz dieser Gemengelage ist es der SPD-geführten Landesregierung und den regierungstragenden Fraktionen gelungen, einen ausgewogenen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Arbeitnehmerrechte stärkt und eine Ausweitung der Sonntagsöffnungen vermeidet.“

Vielmehr seien nun sämtliche Feiertage und auch der Palmsonntag und der 27. Dezember, sofern er auf einen Sonntag fällt, von einer Öffnung ausgeschlossen, so der SPD-Politiker. Darüber hinaus werde analog zur Regelung an Heiligabend festgelegt, dass Geschäfte an Silvester nur bis maximal 14 Uhr geöffnet bleiben dürfen.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt insbesondere, dass es bei einer Begrenzung von maximal vier Sonntagen bleibt, an

denen eine Öffnung stattfinden darf. Jede Kommune darf im gesamten Gemeindegebiet nun insgesamt sechs Sonntage zur Öffnung freigeben, wobei kein Geschäft an insgesamt mehr als vier Sonntagen im Jahr geöffnet sein darf.

Gleichwohl erwartet der SPD-Politiker auch in Zukunft gerichtliche Auseinandersetzungen über die Zulässigkeit von Sonntagsöffnungen: „Durch den verfassungsmäßigen Schutz der Sonntagsruhe und die Unmöglichkeit einer gesetzlichen Definition von Anlässen, die die Kommunen zu einer Sonntagsöffnung berechtigen, werden diese Auseinandersetzungen auch in Zukunft nicht gänzlich zu vermeiden sein. Mit dem verabschiedeten Gesetz tragen wir dennoch zu einer deutlich höheren Rechtssicherheit bei.“

Die Entscheidungskompetenz hierüber, welche Sonntage gewählt werden, hat ausschließlich die örtliche Kommune. „Es ist uns gelungen, in der Koalition einen tragfähigen Interessenausgleich zu erzielen. In der Abwägung von arbeitsrechtlichen, kirchlichen und wirtschaftlichen Aspekten werden wir eine gute Lösung auf den Weg bringen“, erklärt der sozialpolitische Sprecher Uwe Schwarz.



Uwe Schwarz trat 1973 der SPD bei und gehört seit 1986, nunmehr 33 Jahren dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied an.

Er ist direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis 19 (Einbeck). Schwarz gehört dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion und ist zudem Mitglied im Ältestenrat des Niedersächsischen Landtags.

Seit 1998 ist Uwe Schwarz sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion sowie Vorsitzender des Arbeitskreises Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

SPD-FRAKTION FORDERT ABSCHAFFUNG DER VERJÄHRUNG VON MISSBRAUCH AN MINDERJÄHRIGEN



» unsplash: Marina Shatskih

Angesichts steigender Fallzahlen beim sexuellen Missbrauch an Kindern und den erschreckenden Taten beispielsweise in Lügde oder im Bereich der katholischen Kirche fordert die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Abschaffung der Verjährung bei Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche. Die stellvertretende rechtspolitische Sprecherin Wiebke Osigus erklärt dazu: »Trotz einer hohen Aufklärungsquote und häufig guter Kenntnis von Tat und Täter muss die Strafverfolgung in vielen Fällen auf Grund der Verjährung eingestellt werden. Da die Täter meist aus dem sozialen Umfeld ihrer Opfer stammen, ist die Bereitschaft zur Anzeigenerstattung geringer oder das Opfer bringt die Tat erst sehr spät, häufig dann schon zu spät, zur Anzeige.

Oft realisieren die Opfer die Geschehnisse aus ihrer Kindheit auch erst viel später. Wir wollen, dass die Täter ihr Leben lang zur Rechenschaft gezogen werden und dass auch nach Jahrzehnten aufgedeckte Delikte verfolgt und bestraft werden können.«

Die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme lasse sich insbesondere am Beispiel des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche verdeutlichen, so die SPD-Politikerin: »Laut einer Studie der Deutschen Bischofskonferenz werden 46,6 Prozent der Fälle gegen kirchliche Würdenträger wegen der eingetretenen Verjährung eingestellt. Damit muss fast jedes

zweite Opfer neben der Tat als solcher verarbeiten, dass der oder die bekannten Täter nicht der Strafverfolgung ausgesetzt sind und die Handlungen damit nicht bestraft werden. Das sind für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unhaltbare Zustände.«

Vor diesem Hintergrund wollen die Rechtspolitiker der SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner eine Bundratsinitiative auf den Weg bringen, damit das Strafrecht entsprechend geändert werde, so Osigus.



Als direkt gewählte Abgeordnete vertritt Wiebke Osigus die Interessen des Wahlkreises 33 (Neustadt/Wunstorf) im Niedersächsischen Landtag. Osigus ist seit der 18. Wahlperiode Mitglied des Landtages und dort ist die gelernte Juristin Sprecherin für Justizvollzug und Straffälligenhilfe. Darüber hinaus ist sie Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, im Unterausschuss für Justizvollzug sowie Mitglied im Ausschuss zur Kontrolle besonderer polizeilicher Datenerhebungen.



» pexels

» SPD FORDERT MEHR TIERSCHUTZ UND BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN AN NIEDERSÄCHSISCHEN SCHLACHTHÖFEN

In den letzten Monaten haben Tierschützer eine ganze Reihe von Skandalen an niedersächsischen Schlachthöfen aufgedeckt. So wurde beispielsweise ein kleiner Schlachthof im Landkreis Stade geschlossen, weil nachweislich verletzte und kranke Tiere zum Schlachten geschleppt wurden. Auch in einem Schlachthof in Bad Iburg im Landkreis Osnabrück wurden Tierschutz- und Hygienebestimmungen missachtet.

Die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Karin Logemann, erklärt dazu: „Die Lehren aus diesen erschütternden Skandalen an mehreren Schlachthöfen müssen aus Sicht der SPD-Fraktion lauten: Wir brauchen mehr Tierschutz und bessere Arbeitsbedingungen, wenn wir erreichen wollen, dass sich derartige Vorgänge nicht wiederholen.“

Dabei sei die Videoüberwachung in den Schlachthöfen ein wichtiger Baustein, aber längst kein Allheilmittel, so die SPD-Politikerin. Vielmehr müssten die geltenden Tierschutzstandards in der gesamten Lieferkette konsequent umgesetzt und strenger überwacht werden.

Auch eine empfindliche Erhöhung der Bußgelder für Betriebe, die gegen die Regeln verstoßen, sei ein probates Mittel zur Abschreckung, erklärt die SPD-Agrarexpertin. „Um eine wirkungsvolle Betäubung zu gewährleisten, brauchen wir zudem eine verpflichtende Kontrolle der Betäubungsgeräte und Betäubungsanlagen in allen Schlachtbetrieben – und zwar bundesweit.“

Ein besserer Tierschutz gehe Hand in Hand mit verbesserten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Schlachtbetrieben, verdeutlicht Logemann: „Die Betäubung und Tötung der Tiere muss vom weiteren Schlachtvorgang abgekoppelt werden – Akkordarbeit ist hier absolut nicht vertretbar und leistet Verstößen gegen das Tierschutzrecht letztlich Vorschub. Grundsätzlich brauchen wir auch an den Schlachthöfen flächendeckend feste und tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse sowie fortlaufende Schulungen und Weiterqualifizierungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auf diese Weise kann auch das Personal für tierschutzrechtliche Vorgaben sensibilisiert werden.“



Karin Logemann ist direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis 71 (Wesermarsch) im Niedersächsischen Landtag. Seit Oktober 2014 vertritt sie die Wesermarsch und Rastede als Landtagsabgeordnete.

Logemann gehört dem Vorstand der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag an und ist zudem Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Zudem ist sie Mitglied im Unterausschuss Häfen und Schifffahrt



Stockphoto: Ikercelik

PRESSEMITTEILUNGEN DER LETZTEN WOCHEN



Statement des baupolitischen Sprechers Dirk Adomat zum Wohnungsmarktbericht 2018/2019:

Der vorgestellte Bericht zur Lage des Wohnungsmarktes in Niedersachsen offenbart leider bekannte Spannungen: Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum bleibt groß. Gerade in Ballungsgebieten, den Groß- und Universitätsstädten und etlichen Wirtschaftsregionen, herrscht eine angespannte Marktlage. Der Bedarf an bezahlbaren, preisgünstigen und barrierefreien Wohnungen steigt weiter. Wir sind froh, dass unser Bauminister Olaf Lies die Probleme des Wohnungsmarktes erkennt und die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen als Kernaufgabe deklariert. Mit den 400 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung und durch Bundesfinanzhilfen mit einem Gesamtvolumen von 1,7 Milliarden Euro bis 2023 können wichtige Projekte auf dem Wohnungsmarkt realisiert und so dem Wohnungsneubau ein gravierender Schub gegeben werden.

Der Wohnungsmarktbericht zeigt, dass die Anzahl der Neubauten in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist. Wir sagen hier aber deutlich: Das ist noch nicht genug! 40.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen bis 2030 zu schaffen, ist ein ambitioniertes Ziel, zeigt aber auch den Handlungswillen der SPD-geführten Landesregierung, der Wohnraumproblematik entgegenzuwirken.“



Statement des Sprechers gegen Rechtsextremismus Deniz Kurku zum im Mordfall Lübcke:

„Mit dem Geständnis des rechtsradikalen Tatverdächtigen Stephan E. haben wir nun die schreckliche Gewissheit, dass der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke ein weiteres Opfer des deutschen Rechtsterrorismus geworden ist. Er wurde in seinem eigenen Haus heimtückisch von einem Rechtsextremisten ermordet, weil er sich offen für Menschlichkeit gegenüber Geflüchteten und für christliche Werte eingesetzt hat.

Die unrühmliche Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus ist nach der verheerenden Mordserie des sogenannten ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ mit diesem Mord um ein weiteres grausames Kapitel erweitert worden. Wir hoffen, dass die Ermittlungsbehörden diesen Fall lückenlos aufklären werden und auch in Bezug auf mögliche rechtsradikale Netzwerke des Täters Erkenntnisse gewinnen können.

Angesichts der Tatsache, dass der Verfassungsschutz bundesweit von 12.700 gewaltorientierten Rechtsextremen spricht, müssen wir die Bemühungen im Bereich der Prävention, aber auch bei der Verfolgung rechtsextremistisch motivierter Straftaten, weiter verstärken – es darf kein Zurückweichen vor den Angriffen auf unsere Demokratie geben. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag unterstützt hier klar den Kurs der Niedersächsischen Landesregierung und unseres Innenministers Boris Pistorius.“

PRESSEMITTEILUNGEN DER LETZTEN WOCHEN



Dirk Adomat: Wildbienen schützen - Blühstreifen statt Schottergärten!

„Wildbienen sind als wichtige Bestäuber besonders wertvoll für unsere heimischen Ökosysteme. Aufgrund mehrerer Faktoren ist ihr Bestand in den letzten Jahren jedoch stark zurückgegangen“, erläutert der SPD-Politiker Dirk Adomat die Beweggründe für den Antrag. „Mit dem Bau oder Kauf von Bienennistplätzen leisten viele Menschen zwar einen kleinen Beitrag, um es diesen Tieren etwas leichter zu machen, leider ersetzen diese Bienenhotels jedoch keine komplexen Lebensräume.“

Ein Entschließungsantrag von SPD und CDU sieht deshalb vor, zu prüfen, inwieweit bestehende niedersächsische Blühstreifen- und Agrarumweltprogramme optimiert werden können und inwiefern ein späterer Aussaattermin insbesondere bei der Erstaussaat für Blühstreifen den Nutzen der Programme sowie ihre Attraktivität für Landwirtinnen und Landwirte steigern kann. „Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es wichtig, die Wildbienen besser zu schützen. Dazu müssen wir die Bestände und ihre Lebensräume erfassen und feststellen, welche negativen oder positiven Auswirkungen auf die Wildbienen-Population von der Landwirtschaft ausgehen“, so Adomat.

Der SPD-Politiker kritisiert zudem den Trend zu Schotter- und Steingärten in Wohnvierteln: „Mit diesen versiegelten Gärten wird das Problem weiter verschärft, weil Wildbienen und andere Insekten keine Nahrung mehr finden können. Wir weisen deshalb ausdrücklich darauf hin, dass die niedersächsischen Kommunen den Bau dieser sogenannten Gärten auf Grundlage der Bauordnung verbieten können.“



Statement des Sprechers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Dr. Christos Pantazis, zur Entscheidung des EuGH zur Pkw-Maut:

„Mit dem Urteil des EuGH ist der durchschaubare und relativ plumpe Versuch der CSU, am rechten Rand Stimmen durch eine nationale Pkw-Maut zu gewinnen, gescheitert – das ist eine gute Nachricht für uns alle. Speziell für uns Niedersachsen hätte diese Maut insbesondere für die Region Weser-Ems starke negative Auswirkungen für die grenzübergreifende Wirtschaft und den Verkehr gehabt. Man kann als CSU nicht den Anspruch erheben, den EU-Kommissionspräsidenten stellen zu wollen, die europäische Idee mit einem solchen Projekt aber mit Füßen treten. Wir danken daher dem EuGH für dieses maßvolle Urteil.“



PRESSEMITTEILUNGEN DER LETZTEN WOCHEN



Modder: Keine neuen Schulden, bessere Bezahlung von BeamtInnen und Lehrkräften, Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Pflege – Haushaltsentwurf der Landesregierung trägt sozialdemokratische Handschrift

Die SPD-geführte Landesregierung hat am Montag ihren Entwurf für den Landeshaushalt 2020 mit einem Gesamtvolumen von rund 34 Milliarden Euro verabschiedet. Neben der Einhaltung der Schuldenbremse und dem Verzicht auf Neuverschuldung und Nettokreditaufnahme enthält der Entwurf zahlreiche Investitionen in den Bereichen Bildung, Klimaschutz und Pflege sowie ein Programm zur Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes.

Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Johanne Modder dazu: „Niedersachsen hält unter der SPD-geführten Landesregierung nicht nur die Vorgaben der Schuldenbremse ein, sondern investiert gleichzeitig beträchtliche Mittel in allen wichtigen Bereichen der staatlichen Daseinsvorsorge. Auch die SPD-Forderung nach einem Wiedereinstieg in die Jahressonderzahlung für Beamtinnen und Beamte findet sich im Haushaltsentwurf wieder. Damit trägt der Haushalt 2020 eine klar sozialdemokratische Handschrift.“

Mit Blick auf die angekündigten Sonderzahlungen verdeutlicht die SPD-Fraktionsvorsitzende: „Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war es uns ein besonderes Anliegen, dass insbesondere die unteren Tarifgruppen eine spürbare Erhöhung ihrer Besoldung erhalten. Mit den nun eingeplanten 500 Euro pro Kopf zusätzlich auf eine Sonderzahlung in Höhe von insgesamt 920 Euro bis zur Tarifgruppe A8 ist uns dies gelungen.“ Alle anderen Beamtinnen und Beamte werden zukünftig eine Sonderzahlung in Höhe von 300 Euro erhalten, pro Kind gibt es darüber hinaus 50 Euro zusätzlich.

Auch für die Lehrkräfte im Grund-, Haupt- und Realschulbereich sehe der Haushaltsentwurf einen ersten Schritt in die richtige Richtung vor, so Modder: „Unsere Lehrkräfte leisten jeden Tag hervorragende Arbeit und haben unsere größte Anerkennung verdient – mit der geplanten allgemeinen Stellenzulage in Höhe von 94,25 Euro verschaffen wir dieser Anerkennung im Rahmen unserer haushaltspolitischen Möglichkeiten auch finanziell Ausdruck. Gemeinsam mit unserem Kultusminister Grant Hendrik Tonne bleiben wir auch in Zukunft über Verbesserungen bei Arbeitsbedingungen und Besoldung im Gespräch mit allen Akteuren.“

Mehr aktuelle Pressemitteilungen und Informationen zu unseren aktuellen Anträgen sowie politischen Vorhaben sind auf unserer Homepage und unseren Social Media-Präsenzen zu finden.

WIARD SIEBELS IM INTERVIEW

»JETZT IST DIE ZEIT VERBINDLICHER STAATLICHER
REGULIERUNG GEKOMMEN!«

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels, erklärt im Interview, warum zwingend ein verbindliches staatliches Tierwohllabel eingeführt werden muss und weshalb auch heute noch massenhaft männliche Küken getötet werden.

TiL: Niedersachsen ist das Agrarland Nr. 1, aber bei vielen Bürgerinnen und Bürgern hat die Landwirtschaft ein schlechtes Image, woran liegt das?

Siebels: Ich denke, das hat damit zu tun, dass bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern in den letzten Jahren ein Bewusstseinswandel eingesetzt hat und man sich heute viel mehr Gedanken über den Umweltschutz oder das Tierwohl macht, als das noch vor einiger Zeit der Fall war. Viele Menschen nehmen die Landwirtschaft da häufig als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung wahr.

TiL: Ist das eine berechtigte Ansicht?

Siebels: Sicherlich nicht pauschal. Fakt ist, dass die Landwirtschaft in Niedersachsen in der über-

wältigenden Mehrheit qualitativ hochwertige Lebensmittel herstellt und nicht umsonst zu den größten Exportbranchen unseres Landes gehört. Es gibt allerdings immer wieder Themenfelder, in denen ein Marktversagen offenkundig wird.

TiL: Woran denkst du dabei?

Siebels: Ein wirklich eindrückliches Symbol für derartige Fehlentwicklungen in der Branche ist beispielsweise die massenhafte Tötung von männlichen Küken in der Legehennenaufzucht. Es ist einfach niemandem zu vermitteln, dass männliche Küken millionenfach geschreddert oder vergast werden, weil sich ihre Aufzucht wirtschaftlich nicht lohnt. Das sehen übrigens auch die meisten Landwirte so. Es fällt auch vielen Bürgerinnen und Bürgern schwer, zu verstehen, warum es bis heute kein verbindliches, staatliches Tierwohllabel gibt – trotz jahrelanger Debatte darüber.

TiL: Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner spricht sich in der Regel für freiwillige Lösungen innerhalb der Branche aus.

Siebels: Und genau darin liegt ein großer Fehler in der Landwirtschaftspolitik von CDU und CSU der letzten Jahre! Die Debatten über das Kükentöten und ein bundesweites Tierwohllabel haben eines gemeinsam: Sie werden seit vielen Jahren und weitestgehend ergebnislos geführt. Es wird Zeit, dass sich im Bereich des Tierwohls endlich etwas verbessert. Nur so kann das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Landwirtschaft und Agrarindustrie wieder aufgebaut werden. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass alle Konzepte, die ausschließlich auf freiwilliger Hilfe der Agrarindustrie basieren, nicht fruchten und nur immer weiter vertagt werden.

TiL: Was ist die Alternative?

Siebels: Als Sozialdemokratinen und Sozialdemokraten sind wir der Meinung, dass nun die Zeit verbindlicher staatlicher Regulierung gekommen ist. Wir wollen für Niedersachsen einen verbindlichen Ausstieg aus der massenhaften Kükentötung noch in diesem Jahr und wir haben eine Bundesratsinitiative für ein ein bundesweites, verpflichtendes



»NIEDERSACHSEN GEHT ALS AGRARLAND NR. 1 VORAN, ES WIRD ZEIT, DASS SICH JETZT AUCH DER BUND BEWEGT«

Tierwohllabel auf den Weg gebracht. Dabei wurden wir auch von der niedersächsischen Landwirtschaft unterstützt, die selbst sagt: „Wir wollen ein solches Label“, weil es den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine klare Grundlage für ihre Kaufentscheidung liefert.

TiL: Führt das nicht zu großen finanziellen Belastungen für die Landwirte?

Siebels: Aus meinen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der landwirtschaftlichen Betriebe weiß ich, dass die Bereitschaft zu Investitionen in bessere Haltungsbedingungen da ist. Voraussetzung ist allerdings, dass

es eine verbindliche Regelung gibt und wirklich jedes Produkt ein Label erhält. Die große Angst der Landwirtinnen und Landwirte bei einem freiwilligen Label ist, dass diejenigen, die sich nicht an die gehobenen Standards halten, am Ende auf eine Kennzeichnung verzichten dürfen. Sie erhielten dann einen Wettbewerbsvorteil, weil sie ihr Fleisch deutlich günstiger anbieten können, ohne den Konsumenten auf die niedrigeren Standards in der Tierhaltung aufmerksam machen zu müssen.

TiL: Wird die Landwirtschaft Unterstützung bei der Umsetzung des Labels benötigen?

Siebels: Man muss mindestens darüber nachdenken, ob es Mittel und Wege gibt, den Tierhalterinnen und Tierhaltern einen gewissen finanziellen Ausgleich für die entstehenden Mehrkosten zukommen zu lassen. Eine solche Lösung wird allerdings zwingend mit den EU-Wettbewerbsvorschriften in Einklang zu bringen sein.

„EGAL OB IM NETZ
ODER AUF DER STRASSE.
EGAL OB DIGITAL ODER
REAL. TATEN WERDEN
ERST DENKBAR, DANN
SAGBAR UND DANN
MACHBAR.“

- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG ZUM MORDFALL DES KASSELER
REGIERUNGSPRÄSIDENTEN WALTER LÜBCKE

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: René Kopka, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Oliver Grimm, Jan Hartge, Eva Güntzel

Design und Satz: Jan Hartge



www.spd-fraktion-niedersachsen.de



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.instagram.com/spd.fraktion.niedersachsen)



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)



SPDLTND@LT.Niedersachsen.de